

EGAM-Siedlung: Mieter dürfen nicht ausgesackelt werden !

Christine Erschbaumer: „Die Firma Wohnbau 2000 ist verpflichtet, ein neues Sanierungskonzept für die EGAM-Häuser vorzulegen, das die Belastung der Mieter in Grenzen hält. Es ist sehr gut, dass bei der ersten Versammlung niemand unterschrieben hat. Die oberösterreichische Privatfirma darf nicht glauben, dass sich die Leute alles gefallen lassen.“

Die Kosten für die angekündigte Sanierung der EGAM-Häuser in Judenburg werfen viele Fragen auf. Vor allem ist das Verschwinden der Millionen-Rücklage aufklärungswürdig.

KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer zeigt sich erfreut darüber, dass die MieterInnen in der Burggasse sich gegen das teure „Angebot“ der Firma Wohnbau 2000 ausgesprochen und bei einer Versammlung im Juli günstigere Sanierungsvarianten gefordert haben. Erschbaumer: „Ich wehre mich

strikt gegen eine unzumutbare Belastung bei der Sanierung der Wohnhäuser. Die Mieter dürfen nicht ausgesackelt werden. Mindestpensionisten und einkommensschwache Familien müssen sich das Wohnen weiterhin leisten können.“

Die KPÖ-Mandatarin verlangte den vollen Einblick von Seiten der Mieter in die verschiedenen Angebote der Firmen und in die Kalkulationen: „Gerade in

letzter Zeit haben wir in den Medien alarmierende Meldungen über fehlerhafte Angaben (Graz) gerade bei der Firma Wohnbau 2000 lesen müssen. Deshalb ist eine Einsichtnahme ganz wichtig“.

Darüber hinaus weist die KPÖ darauf hin, dass die heutigen Probleme eine Folge der EGAM-Privatisierung sind, die 2006 ohne sichtbaren Widerstand der Regionalpolitiker über die Bühne gegangen ist.

Erschbaumer: „Die EGAM war gegründet worden günstigen Wohnraum zu schaffen. Mit der Privatisierung wurde eine Chance für die Entwicklung der Region verspielt. Wenn

alles durch den Privatisierungswahn auf den Markt geworfen wird, gibt es kein soziales Korrektiv mehr. Allerdings ist eine Generalsanierung dringend notwendig, denn sonst sind die Häuser in absehbarer Zeit abbruchreif!“

Zweierlei Maß

Die „Kleine Zeitung“ will es ins Lächerliche ziehen: Die Auseinandersetzung um den Grünschnitt in der Gemeinderatssitzung am 10. September hat aber einen ersten Hintergrund. Bei der murseitigen Siedlung in Judenburg West wird der Grünschnitt von manchen Bewohnern nicht ordnungsgemäß entsorgt, sondern über „den Roa“ geworfen.

Gemeinderätin Erschbaumer hat auf dieses Problem aufmerksam gemacht, die Bürgermeisterin wollte es herunterspielen, auch weil man guten Freunden nicht zu nahe treten will.

Christine Erschbaumer: „Wenn in dieser Siedlung lauter Kommunisten leben würden, hätte die Gemeinde sofort ein Verbotsschild aufgestellt“.



KPÖ Bürozeiten

Das KPÖ-Büro des Bezirks am Fohnsdorfer Josefiplatz 3 ist Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Donnerstag von 10 – 12 Uhr geöffnet.

Tel. 0664 / 7346 2480

KPÖ

Einzelkämpferin braucht Durchhaltevermögen.

Gemeinderätin Christine Erschbaumer berichtet darüber, wie schwierig es sein kann, eine gute Idee durchzubringen, mit Hartnäckigkeit und Durchhaltevermögen können aber auch Erfolge erzielt werden:

„Wenn ich eine Sache wichtig finde – und es gibt bei der Frau Bürgermeisterin vorerst keine Zustimmung dafür, gebe ich nicht auf. Ich bringe diese Angelegenheit immer wieder vor, auch wenn dabei viel Zeit vergeht.“

Genau so gelang mir die Erweiterung von Essen auf Rädern an Sonn- und Feiertagen. Bis zum Beschluss hat es einige Zeit gedauert. Jetzt habe ich aber von den Leuten bestätigt bekommen, wie wichtig diese

Einrichtung ist und wie froh sie über diese Erweiterung sind.

Die nächste wichtige Angelegenheit für unsere Stadt war: Es musste endlich eine Gassen- oder Wegbenennung nach den 15 Widerstandskämpfern geben, die während des 2. Weltkrieges als Kämpfer gegen den deutschen Nazi-Faschismus ermordet wurden. Ich sagte damals bei einigen Gemeinderatssitzungen: „Solange ich im Gemeinderat vertreten bin, haben Sie keine Ruhe vor mir, bis es einen Weg gibt“.

Tatsächlich gab es dann eine Zusage und wir haben jetzt den „Anni Leitner Weg“. Eine würdige Gedenktafel hinter dem Friedhof weist darauf hin, wer Anni Leitner war“.

Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohnes zustehen!

Glückspielunternehmen züchten Nachwuchs für ihren Profit.

Die Werbemethoden der Glücksspielunternehmen werden immer dreister und aggressiver. Darauf weist KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler hin.

Die gebürtige Fohnsdorferin: „Gratis-Spieljets und Gratisgetränke sind beinahe schon eine Selbstverständlichkeit in den Automaten-Casinos. Häufig werden - entgegen den gesetzlichen Bestimmungen - sogar Minderjährige eingelassen. Der Konkurrenzkampf um neue Kunden ist unerbittlich.“

So haben die Casinos Austria auf Messen und bei großen öffentlichen Veranstaltungen immer wieder Roulettische vorbereitet,

an denen sich speziell Kinder und Jugendliche ihre ersten Sporen verdienen können. – Gewöhnung ist alles.

Wir wollen, dass unsere Kinder und Jugendlichen vor den Werbemethoden dieser „Firmen“ besonders geschützt werden.“



Glücksspiel: Claudia Klimt-Weithaler für verstärkten Jugendschutz.

WAS UNS EIN- UND AUFFÄLLT...

... dass an den Grenzen keine **rot-weiß-roten Fahnen** mehr hängen dürfen. Mit diesem Erlass will das Innenministerium besonders EU-freundlich sein. Die Bevölkerung ist aber dagegen.

x

... dass die Anmeldung für **betreutes Wohnen** vorerst im Sozialamt und im Bürgerservice möglich ist. Die Fertigstellung dieses privaten Projekts ist aber frühestens Ende 2010 zu erwarten. Möglich ist ein Einzug ab dem 60. Lebensjahr. Ausnahmen sind bei Behinderung schon früher möglich.

x

... dass die KPÖ die Kosten für die Wahlwerbung gesetzlich beschränken möchte. Klubobmann Kaltenegger: „Die Bevölkerung hat diese **Materialschlachten schon längst satt**“.

x

... dass es in der **Peter Rosseggergasse in Murdorf** seit Neuestem ein Durchfahrverbot gibt, das aber nur auf einer Seite beschildert ist. Woher sollen Autofahrer, die von der anderen Seite kommen, jetzt wissen, dass sie nicht durchfahren dürfen?

x

... dass die **Bezüge** der politischen Funktionäre in Judenburg bis Ende Juni 2010 eingefroren worden sind.

x

... dass die Aussprache der Nachrichtensprecher bei **Radio Steiermark** in letzter Zeit schlampiger geworden ist. Außerdem gibt es oft störende Hintergrundmusik.

x

... dass die Gemeinde Judenburg die **Miete für den Vinzmarkt** übernommen hat.

x

... dass viele Nachbarn über **unhaltbare Zustände** (Lärm etc.) beim „grünen Haus“ in Murdorf hinter dem Postpartner klagen.

... dass die SPÖ ein paar Gesichter in der Landesregierung ausgetauscht hat. Notwendig wäre aber ein Politikwechsel, damit die Anliegen der Leute endlich schneller abgewickelt werden (z.B. dass Anspruchsberechtigte rascher zu ihrer Wohnbeihilfe kommen. Da haperts ordentlich).

x



... dass die Firma Stahl Judenburg der KPÖ mit einer Klage gedroht hat, weil ein Plakatständer angeblich auf Firmengrund gestanden ist. Angesichts der Wirtschaftslage, in der die Arbeiter von Kurzarbeit bedroht sind, sollte man sich oben aber besser um die großen Probleme kümmern.

x

... dass es in Österreich immer weniger **Bauern** gibt. Schuld daran ist die EU. Hoffentlich erinnern sich viele Landwirte daran, dass die **angebliche Bauernpartei ÖVP** zu den wildesten EU-Einpeitschern gehört.

x

... dass der **Neubau der Murbrücke** 4,3 Mio. Euro kosten wird. Die abgerissene Brücke war 78 Jahre alt. Mit der Fertigstellung der Neuen ist Ende 2010 zu rechnen.

Vorankündigung:
Neues Programm mit den Schmetterlingen

90 Jahre KPÖ

Samstag, 21. November 2009
18 Uhr, Resti Fohnsdorf
Kartenreservierung
unter Tel. 035 73 / 21 66 oder
0664 73 46 2480

Girokonten: Überziehungszinsen begrenzen!

Eine Begrenzung der Überziehungszinsen der österreichischen Banken und Sparkassen auf ein erträgliches Maß. Das fordert die KPÖ.

Die Banken werden mit Milliarden aus Steuergeldern gestützt, der Leitzinssatz der Zentralbank beträgt 1 Prozent. Trotzdem sind weiterhin Überziehungszinsen bei Gehaltskonten von mehr als 10 Prozent die Regel. Die Menschen, denen es in der jetzigen Krise bei Kurzarbeit und Arbeitslo-

sigkeit nicht gerade gut geht, müssen auf diese Weise dafür zahlen, dass die Bankmanager weiterhin saftige Sonderzahlungen kassieren können.

Die Überziehungszinsen müssen begrenzt werden. Die steirische KPÖ schlägt deshalb vor, dass die Überziehungszinsen nur um fünf Prozent über dem Zentralbanksatz liegen dürfen. Das wären zurzeit sechs Prozent. Diese gesetzliche Begrenzung wäre eine Antwort auf Kurzarbeit und steigende Arbeitslosigkeit. Viele Familien überziehen in der Wirtschaftskrise ihr Konto und müssen Wucherzinsen bezahlen.

26. Oktober: Neutralitätsfeiertag

Festveranstaltung der steirischen KPÖ

Festrede: KPÖ-Stadtrat Dr. Werner Murgg

Frühschoppen, 26. 10. 2009 ab 10.30
in Leoben, Brauhaus-GÖSS

mit Kurt Palm
und OKEMAH

unterhaltsames Nachmittagsprogramm

Voranmeldung: 035 73 / 21 66



KPÖ

Bespitzelung in Knittelfeld

Großes Aufsehen hat in der Region die Bespitzelungsaktion des Bundesheer-Nachrichtendienstes bei einer Eurofighter-Diskussion in Knittelfeld erregt. LAbg. Renate Pacher dazu: „Für mich ist es sehr bedenklich, dass Einrichtungen des Staates dazu missbraucht werden, um eine öffentliche Diskussion, an der Gegner und Befürworter der Eurofighter und der Flugshow Airpower teilgenommen haben, zu

kriminalisieren. Das richtet sich gegen alle Menschen in unserem Land.

Außerdem besteht die Gefahr, dass völlig unbeteiligte Personen jetzt von den Systemen erfasst worden sind. Im selben Gebäude wie der Veranstaltungsort in Knittelfeld befindet sich nämlich ein Restaurant. Es könnte sein, dass RestaurantbesucherInnen jetzt in den Fängen des Abwehramtes gelandet sind.“

Kommentar

Von KPÖ-
Gemeinderätin
Christine Erschbaumer



Katastrophe Kautions

Liebe Judenburgerinnen! Liebe Judenburger!

Ich habe ziemlich oft mit Menschen in unserer Stadt zu tun, für die es unmöglich ist, die verlangte Kautions für eine „neue Wohnung“ aufzubringen.

Das sind Leute mit geringem Einkommen wie z. B. AlleinerzieherInnen, Arbeitslose, BezieherInnen einer Invaliditätspension, Pensionistinnen und Pensionisten mit kleinem Pensionsbezug. Nicht zu vergessen sind Frauen, die einen Unterhalt beziehen. Diese bekommen keinen 13. und 14. Geldbezug, um sich damit finanziell etwas zu erholen.

Die privaten Wohnungsgesellschaften zeigen keine Einsicht oder gar Erbarmen für die Geldsituation dieser Menschen. Die sagen eiskalt: Nein. Nicht einmal eine Ratenzahlung für die Kautions ist möglich. Es trifft immer die Ärmsten.

Die Regierungspolitiker haben Gesetze geschaffen, die solche Kautionsen möglich machen. Diese überbezahlten Politiker kennen keine Geldprobleme! Vor den Wahlen zeigen sie nach außen ein Herz für den „kleinen Mann“, da sind sie nur auf Stimmenfang aus.

Es nützt nichts, zuhause und sonst wo darüber zu schimpfen.

Liebe Judenburgerin! Lieber Judenburger!

Sie müssen bei der Wahl gut darüber nachdenken, wem Sie Ihre Stimme geben.

Ihre KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer

Aufruf! Wenn Sie sich mit unseren Zeitungsthemen identifizieren können und eine kleine Mitarbeit leisten wollen, melden Sie sich bitte bei Gemeinderätin Christine Erschbaumer, Tel. 46 495. Gemeinsam könnten wir mehr erreichen!

Hilfe bei Problemen mit der Arbeit GLB-Aichfeld neu gegründet

Nach dem hervorragenden Abschneiden bei der heurigen AK-Wahl in den Bezirken Knittelfeld und Judenburg haben sich die Betriebsräte des GLB entschlossen, eine eigene GLB-

Aichfeld Anlaufstelle für Arbeitnehmer einzurichten. Gerhard Simbürger – Obmann – Tel 0660 127 2250 und sein Team beraten gerne bei Problemen am Arbeitsplatz





Sandra Konrad: Warum ich für den Gemeinderat kandidiere.

Die Gründe dafür sind ganz einfach: Ich selber gehöre zu der "einfachen arbeitenden Schicht" die etwas in Bewegung bringen möchte und selbst schon einige Tiefpunkte in Punkto Arbeit, Behörden und Gerechtigkeit erfahren hat.

Und die KPÖ setzt sich für unsere Interessen ein, redet nicht viel und setzt Taten.

Und unsere Generation lebt in einer unsicheren Zeit. Sie kann aber auch etwas bewegen. Es geht um Helfen, um sich auch selbst zu helfen.

Man muss sich nicht alles gefallen lassen - man kann auch etwas bewegen und sich zur Wehr setzen.

Sandra Konrad ist Rauchfangkehrerin, wohnt in Murdorf, verheiratet, 2 Kinder.

Aktivpass Judenburg: Neue Richtsätze

Zuerst war es ein Vorschlag der KPÖ, schließlich wurde er von der SPÖ übernommen: Der Judenburger Aktivpass.

Jetzt wurde diese wichtige Einrichtung um 3 Jahre verlängert. Die Richtsätze wurden um 6,3 % erhöht. Mit dem Aktivpass wird ein Preisnachlass von 25% bei folgenden Einrichtungen gewährt: Theaterabo,

Konzerte, Kindertheater, Judenburger Sommer, Städtisches Hallen- und Freibad und Sauna.

Die neuen Richtsätze betragen für Alleinstehende 760 Euro und für Ehepaare 981 Euro.

Eine Ermäßigung von 15 % gibt es, wenn die Einkommensgrenzen um bis zu 73 Euro überschritten werden.

Steiermark: Arbeitslosigkeit in Metallberufen fast verdoppelt

„Die Zahl der Arbeitslosen in der Steiermark ist innerhalb eines Jahres insgesamt um ein Drittel angestiegen, bei den Metall- und Elektroberufen hat sie sich aber fast (um 95,9%) verdoppelt: Und das, obwohl gerade in diesem Bereich schon sehr viele Leute in Kurzarbeit sind.

Besonders stark betroffen von der steigenden Arbeitslosigkeit ist auch unsere Region. Im Bezirk Judenburg stieg die Arbeitslosigkeit um 51 % an.

Beim AMS waren Ende August 1372 Arbeitslose gemeldet.

Der steirische GLB kann den arbeitenden Menschen kein Ende der Massenarbeitslosigkeit versprechen. AK-Rat Peter Scherz: „Wir werden aber immer an der Seite der Kolleginnen und Kollegen stehen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu verteidigen“. **Merke: Das kapitalistische System birgt die Arbeitslosigkeit wie die Wolke den Regen**



TIERECKE

Wann kommt das Tierheim?

Geraume Zeit ist schon vergangen, seit Ersatz für das Tierheim in Knittelfeld angekündigt wurde. Beim Bau eines neuen Tierheimes für die Region geht aber nichts weiter, obwohl die Region dieses Heim dringend nötig hätte. Was ist hier wohl der Verhinderungsgrund?

Ich werde mich deshalb wieder schriftlich an Landesrat Seitinger wenden.

Mit dem Knittelfelder Bürgermeister Schafarik ist diesbezüglich nicht gut Kirschen essen. Als ich einmal mit ihm ein Telefonat über die Frage Tierheim führte, kam ich mich richtig gepflanzt vor. Kann sein, dass das seine Art ist, mit Kommunisten zu kommunizieren.

Rat an Tierfreunde

Einen Rat möchte ich an Tierfreunde im mittleren Alter geben: Bitte nehmen Sie sich keinen ganz jungen Hund

mehr. Ein Hund, der schon ein paar Jährchen auf dem Buckel hat, ist reifer und weniger anstrengend. Die Tierheime haben da liebe Gesellen anzubieten.

*Ihre Tierfreundin
Christine Erschbaumer*





www.kpoe-steiermark.at



Mit uns ...

- * gemeinsam für die Reichensteuer
- * gemeinsam gegen die Profitgier
- * gemeinsam gegen Hungerlöhne